

Exklusiv-Interview mit Petra Roth

Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages

Was sind die wichtigsten Gründe für die wachsenden Defizite der kommunalen Haushalte in vielen der über 14 000 Städte und Gemeinden in unserem Land?

Die Finanzlage der Städte hat sich im Jahr 2001 dramatisch verschlechtert. Verantwortlich dafür waren die Einnahmenverluste infolge des Steuer-senkungsgesetzes und spektakuläre Einbrüche bei der Gewerbesteuer. Allein das Steuer-senkungsgesetz hatte 2001 nach den Schätzungen des Bundesfinanzministeriums für die Kommunen insgesamt Steuer- und Zuweisungsverluste von über 8 Milliarden Mark zur Folge. Die Zuspitzung der Finanzprobleme in den Städten ist aber darüber hinaus vor allem einem beispiellosen Wegbrechen der Gewerbesteuereinnahmen zuzuschreiben. Gerade die bisherigen Hauptgewerbesteu-erzahler verabschieden sich derzeit zunehmend aus der Mitfinanzierung städtischer Aufgaben.

Infolge des Gewerbesteuereinbruchs musste der Arbeitskreis Steuerschätzungen im November 2001 seine Aufkommenserwartungen für die Gewerbesteuer so stark zurücknehmen, dass sie allein in den Jahren 2001 und 2002 um fast 20 Milliarden Mark/10 Milliarden Euro unter den Erwartungen liegen. Durch den verstärkten Zugriff von Bund und Ländern auf das Gewerbesteueraufkommen wird

der Gewerbesteuereinbruch für die Städte noch verstärkt. Die kommunale Forderung, die Umlageerhöhung wegen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage unverzüglich auszusetzen, ist von den Finanzministern des Bundes und der Länder leider abgeblockt worden.



Petra Roth

Wie sind Städte und Gemeinden vorangekommen, öffentliche Verwaltung effizienter und bürgernaher zu gestalten? Zum Beispiel Digitalisierung von Verwaltungsabläufen in Städten und Gemeinden ist für viele Bürger/innen erfreulich, wenn sie nicht mehr so lange auf be-

stimmte Dokumente warten müssen oder ähnliches. Welche Fortschritte machen die Kommunalverwaltungen auf dem Weg zum papierlosen Büro?

Seit Anfang der 90er Jahre führen die Städte in Deutschland umfassende Reformen zur Verbesserung der Effizienz des Verwaltungshandelns durch. Ziel der Verwaltungsmodernisierung ist es vor allen Dingen, die Bürgerorientierung deutlich zu verbessern. An die Stelle des bürokratischen Organisationsprinzip tritt die Bürgerorientierung als Grundsatz der Verwaltungsorganisation. Deutlich wird dies insbesondere in den Bürgerämtern, die inzwischen bei etwa zwei Dritteln der Städte eingerichtet sind. Prinzip der Bürgerämter ist es, eine Vielzahl von Ver-

waltungsleistungen an einem Ort und in einer Person gebündelt anbieten zu können. Bei einem Ansprechpartner kann also der Bürger seine Verwaltungsangelegenheiten schnell und kompetent erledigen. Eine „Ämterallye“ wird ihm erspart. Für Angelegenheiten, die nicht unmittelbar im Bürgeramt erledigt werden können, ist der Ansprechpartner der Verwaltungslotse, der weiterführende Informationen erteilt, Unterlagen aushändigt bzw. entgegennimmt und an die zuständigen Stellen weiterleitet. Neben der Erledigung von Pass- und Meldeangelegenheiten, Kfz- und Standesamtangelegenheiten werden zunehmend auch komplexe Verwaltungsvorgänge nach dem Prinzip der Bürgerorientierung organisiert. So gibt es bereits in zahlreichen größeren Städten sogenannte „Bürgeramt Bauen“ oder „Bürgeramt Soziales und Gesundheit“. Auch hier kann der Bürger bei einem Ansprechpartner eine Vielzahl von Angelegenheiten klären.

Besteht die Gefahr, dass eine Entwicklung zum „möglichst schlanken Staat“ gerade unter dem Gesichtspunkt des Kostendrucks zur Verminderung gesellschaftlich notwendiger Leistungen führt?

Der „schlanke Staat“ ist kein ausreichendes und damit eigenständiges Ziel einer Verwaltungsreform, denn dieses Bild zielt „nur“ auf eine Kostenreduzierung ab. Dazu gehören Effektivität und Effizienz, die neben reduzierten und vertretbaren Kosten auch den Nutzen und damit die inhaltlichen Leistungen einschließen. Auch sind die Städte keine bloßen „Leistungsmaschinen“. Sie sind keine Institutionen, die am freien Markt teilnehmen wie Unterneh-

men. Die Empfänger gesetzlicher Leistungen sind keine Kunden, sondern Bürgerinnen und Bürger mit grundrechtlichem Beachtungsanspruch. Während am freien Markt Kundenwünsche manchmal nicht bedient werden müssen, ist es oberste Priorität der kommunalen Selbstverwaltung, für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Auch würde die Rolle der gewählten Gemeindevertreter völlig ausgeblendet, denn das ehrenamtliche Einbringen von Kompetenz, politischer Leitvorstellung und vor allem gutem Willen ist in einem Dienstleistungsunternehmen bzw. in einem „schlanken Staat“ nicht vorgesehen.

Was können, was müssen die Städte angesichts der Finanzlage selbst tun, um ihre Finanzlage zu verbessern? Und was fordern die Städte und Gemeinden heute konkret vom Bund?

Die Möglichkeiten der Kommunen, auf wegbrechende Einnahmen mit starken Reduzierungen ihrer Ausgaben zu reagieren, sind zumindest kurzfristig äußerst begrenzt. Das gilt insbesondere angesichts beschleunigt wachsender Ausgaben für soziale Leistungen für die laufenden Ausgaben in den Verwaltungshaushalten. Größer ist die Flexibilität bei den Investitionsausgaben, zu deren weiterer Reduzierung sich die Kommunen gezwungen sehen. So setzt sich der Verfall der kommunalen Investitionen seit 1992 auch 2002 fort. Sie liegen damit in diesem Jahr um 3 % bzw. über 11 Mrd. € unter denen des Jahres 1992.

Ohne stabilisierende Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a Abs. 4 GG, wie sie der Städtetag vom Bund unter Hinweis auf dessen hohe Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen und die Steuerverluste der Städte infolge deren Abschreibung fordert, haben die Städte keine andere Wahl, als ihre Investitionen nun schon im zehnten Jahr zurückzu-

fahren. Aus eigener Kraft sind die Städte nicht in der Lage, diese prozyklisch verstärkende Entwicklung ihrer Investitionen zu verhindern.

Äußerst begrenzt sind die Möglichkeiten, auf die aktuellen Einnahmenverluste durch einen noch stärkeren Tritt auf die Ausgabenbremse zu reagieren, vor allem bei den Städten mit chronisch hoch defizitären Verwaltungshaushalten. Gerade diese Städte sind schon seit vielen Jahren gezwungen, alle Sparpotentiale auszuschöpfen. Dennoch stehen gerade diese Städte auch jetzt wieder in besonderer Weise unter dem Druck, Leistungen für ihre Bürger und die ortsansässige Wirtschaft quantitativ und qualitativ zu reduzieren, stoßen aber bei der Fortschreibung ihrer Haushaltssicherungskonzepte immer wieder auf das Hindernis bundes- und landesrechtlicher Leistungsverpflichtungen und -standards.

Gerade die aktuelle Entwicklung der Finanzlage in den Städten beweist, wie dringend notwendig eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzsystems ist. Deshalb begrüßen die Städte, dass der Bundesfinanzminister eine Kommission zur Vorbereitung einer Gemeindefinanzreform einsetzen will. Vordringlich ist eine grundlegende Korrektur der Fehlentwicklungen im geltenden Gemeindefinanzsystem, die seit Jahren und insbesondere im Jahre 2001 vor allem zu Lasten der Städte gegangen sind. Wie die zu korrigierenden Fehlentwicklungen muss die Reform sowohl am Gemeindesteuersystem als auch bei den Ausgabelasten, insbesondere den Soziallasten der Städte ansetzen.



Neue, innovative Formen der Zusammenarbeit von Verwaltung und Wirtschaft entstehen, gerade angesichts finanzieller Engpässe. Welche Rolle messen Sie wirtschaftlichen Kooperationsformen wie „Public Private Partnership (PPP)“ bei?

Ob wirtschaftliche Kooperationsformen, d.h. die Zusammenarbeit – ansonsten selbständiger – privater und kommunaler Unternehmen auf bestimmten Aufgabenfeldern oder die teilweise Veräußerung eines kommunalen Unternehmens an ein privates Unternehmen sinnvoll ist, hängt sehr von der individuellen Situation in der jeweiligen Stadt sowie vom jeweiligen Geschäftsfeld des Unternehmens ab.

Fest steht, dass sich viele Städte heute in einer dramatischen finanziellen Situation befinden, die ihnen die Veräußerung städtischen Vermögens und damit auch von städtischen Unternehmen als unausweichlich erscheinen lässt. Entscheidend bei einer solchen (Teil-)Veräußerung ist, dass die Unternehmen weiter ihre Aufgabe erfüllen: die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft zu erhalten bzw. auszubauen. Dazu gehört auch die Gewährleistung der Kontinuität und einer nachhaltigen Qualität der Dienstleistung.

PPP-Modelle sind eine interessante Alternative zur totalen Veräußerung eines Unternehmens, weil kommunale Einflussmöglichkeiten erhalten bleiben. Solche Modelle können auch dort in Betracht kommen, wo Dienstleistungen im Wettbewerb erbracht werden und das einzelne städtische Unternehmen als zu klein erscheint, um im Markt bestehen zu können.

Ob PPP-Modelle auf Dauer ein Erfolg versprechender Weg sind, wird aber auch davon abhängen, ob die Städte ihre Verwaltungen stärker als bisher auf das Controlling dieser Formen der Zusammenarbeit ausrichten. Sonst geht es ihnen im Verhältnis zum privaten Partner am Ende wie dem Schwein in dem folgenden Witz: Ein Huhn überredet ein Schwein, sich zur Erzeugung von „ham and eggs“ zusammenzutun. Am Ende ist das Schwein schwer beschädigt, während das Huhn weiter (goldene?) Eier legt.

Bei der Olympiabewerbung deutscher Städte 2012 werden Bedeutung und Chancen sehr unterschiedlich beurteilt. Berlin hat die Olympiabewerbung angesichts der leeren Kassen verworfen, andere Städte nicht. Wie ist hier Ihre Einschätzung?

Olympische Spiele haben bisher fast jeder Stadt, in der sie statt-

fanden, genützt, nicht nur ideell, sondern auch ganz konkret materiell. Deshalb bewerben sich ja auch so viele Städte aus allen Kontinenten. Was Stadtplanung, Grünflächenplanung, moderne Verkehrsführung und Sportentwicklung betrifft, liegt in Olympischen Spielen ein riesiges Potential. Bei sorgfältiger Beachtung der Nachnutzung – und das ist bei kluger Planung möglich, werden sämtliche Investitionen nachhaltig nutzbar sein, vom Ausbau des ÖPNV bis zu Anlagen für den Breitensport.

Die Durchführung der Spiele selbst, und das zeigen uns sämtliche Berechnungen, erwirtschaftet über Medienrechte, Sponsoring und Tickets sogar einen leichten Überschuss, die Infrastrukturmaßnahmen sind in entwickelten Industrie- und Dienstleistungsregionen wie z. B. Frankfurt Rhein-

Main moderat, und der volkswirtschaftliche Nutzen übersteigt die Infrastrukturmaßnahmen bei weitem.

Und selbst wenn eine Bewerberstadt nicht den Zuschlag zur Ausrichtung der Spiele erhält: die relativen geringen Bewerbungskosten selbst (Frankfurt hat z.B. für 2002 rund 950.000 Euro in den Haushalt gestellt) amortisieren sich schnell durch ein breites Engagement der Wirtschaft für den Sport und die sich bewerbende Region und auch durch die Ergebnisse der Planung, die Projekte auch jenseits Olympia anschieben helfen.

Dies funktioniert allerdings nur, wenn die Idee nicht kleingeredet wird und alle an einem Strang ziehen. Bei mir zu Hause klappt das erfreulich gut.

Das Interview führte Jürgen Klocke

Aktuelles aus Büro- und Informationstechnik

von Dr. Heinz Munter, Fachjournalist für Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik, Hamburg

Microsoft Visio 2002 – Das Handbuch

Microsoft Visio 2002 Professional Edition ist die erste Version von Visio, dem Spezialprogramm für perfekte Grafiken und Diagramme, die vollständig aus dem Hause Microsoft stammt. Die Benutzeroberfläche des Programms und seine Leistungsfähigkeit haben sich hervorragend dem neuen Microsoft Office^{xp}-Standard angepasst, ohne dass dadurch der Komfort der älteren Visio-Versionen verloren gegangen wäre.

Um das erstaunlich große Leistungsvermögen von Visio 2002 nutzen zu wollen, müssen Sie sich nach unserer Erfahrung gründlich einarbeiten – das gilt auch, wenn Sie bereits ältere

Versionen eingesetzt haben. Dazu eignet sich gut das neue Buch: Microsoft Visio 2002 – Das Handbuch. ISBN 3-86063-163-2, Preis 39,90 €.

Auf 600 Seiten zeigen Ihnen die Autoren Schritt für Schritt, was Sie mit Visio 2002 alles machen können und wie man es macht. Die modulare Aufgliederung entspricht den Stufen vom Einsteiger zum fortgeschrittenen Anwender, so dass Sie selbst bestimmen, wo Sie einsteigen. Außerdem eignet sich das Handbuch gut als Nachschlagewerk. Eine CD-ROM liegt bei. Sie enthält etwa 20 praxisnahe Beispiele aus den verschiedensten Einsatzgebieten

des Programms, die in dem Buch ausführlich beschrieben werden.

Es macht Spaß, die Übungen nachzuvollziehen. Aber das Einarbeiten in Visio 2002 ist keine ganz leichte Kost. Das liegt zum Teil an den zahlreichen neuen Begriffen, mit denen Sie sich vertraut machen müssen, aber auch an den recht kleinen und manchmal undeutlichen Bildern, auf denen dann nur schwer zu erkennen ist, worauf es ankommt. Aber ohne die durch das Buch mögliche Einarbeitung werden Ihnen viele Möglichkeiten, die Visio 2002 bietet, verschlossen bleiben.

Microsoft Press, Konrad-Zuse-Str. 1, 85716 Unterschleißheim